

Anständig aus Respekt
Ein Buch über Niedertracht
und das Streben nach
Fairness und Ehrlichkeit.
Seite 22

Glück als Willensfrage
Wer arm ist, will auch
irgendwie arm sein: Über
die Ideologie des Positiven
Denkens. Seite 23



Lob für die EZB
Was die Europäische
Zentralbank richtig gut macht:
Interview über progressive
Geldpolitik. Seite 21

Foto: Klaus Peter Wittemann

www.neues-deutschland.de

Sonnabend/Sonntag, 2./3. Juni 2018



Sieben Tage, sieben Nächte

Nun hat sich Günther Oettinger also entschuldigt für eine Aussage, die diese Woche für ziemlichen Wirbel gesorgt hat. Der EU-Haushaltskommissar hatte mit Blick auf die Regierungsbildung in Italien und mögliche Neuwahlen auf negative Entwicklungen an den Finanzmärkten hingewiesen und erklärt: Er hoffe, dass dies ein Signal sei, »nicht Populisten von links und rechts zu wählen«. Diese Bemerkung wurde von vielen EU-Politikern, Grünen, Sozialdemokraten, Christsozialen, als unbotmäßige Einmischung bemängelt. Ein EU-Kommissionssprecher sagte, es liege »allein an den Italienern, über die Zukunft ihres Landes zu entscheiden«. Also entschuldigte sich Oettinger und versicherte, er respektiere den Willen der Wähler, egal ob sie links, rechts oder in der Mitte stünden.

Vertreter und Politiker der EU respektieren den Willen der Wähler? Das stimmt nicht immer, man denke nur an Griechenland, wo die Syriza-Regierung davon abgehalten wurde, auch nur Ansätze einer sozialdemokratischen Politik umzusetzen.

Die EU ist nicht politisch neutral. Angetrieben von der Bundesregierung hat sie mit aller Macht in Südeuropa eine Austeritätspolitik durchgesetzt. Das bedeutete konkret: Einschnitte in das Sozialsystem und Lohnsenkungen, darauf hat Martin Ling im »nd« bereits am Donnerstag hingewiesen. Die EU fand es auch jetzt wichtig, an Italien zu appellieren, Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung zu senken.

Nun lässt sich einwenden, dass es in der Eurozone nun mal Vorschriften gibt, nach denen etwa die Staatsverschuldung maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen sollte. Diese Vorgaben basieren allerdings auch auf politischen Entscheidungen von EU-Regierungen und sind mithin änderbar.

Viele Eurostaaten haben, wie Italien, eine höhere Staatsverschuldung als eigentlich erlaubt. Der Fokus auf die Fiskalpolitik führt allerdings dazu, dass Staatsverschuldung permanent in der öffentlichen Debatte ist und tendenziell als etwas Schlechtes gilt. Und wenn es politisch opportun erscheint, werden Regierungen gnadenlos zum Sozialabbau gezwungen, siehe Griechenland.

Man stelle sich einmal vor, die EU-Regierungen beschließen harte Vorgaben, nach denen die Staaten die ungleiche Verteilung des Wohlstands reduzieren müssen. Jedes Jahr würde der Stand der Dinge überprüft. Dann wäre die öffentliche Debatte eine völlig andere. Dann müsste zum Beispiel die Bundesregierung dauernd erklären, wie sie die Ungleichheit wieder verringern will, wie sie den Sozialstaat wieder aufbauen will.

Eine solche Wende ist nicht in Sicht. Die Politik der EZB hat dagegen positive Aspekte, meint der Wissenschaftler Wolfgang Krumborn. Wie er zu der Einschätzung kommt, erklärt er auf Seite 21. *Eva Roth*

Foto: dpa/Klaus-Dietmar Gabbert

Auf dem Truppenübungsplatz Altmark üben Soldaten den Häuserkampf. Auch ein sogenanntes Sakralgebäude wurde dafür errichtet.

Wo geht's zum Frieden?

In der Altmark übte früher die Wehrmacht, dann kam die Rote Armee, heute trainiert hier die Bundeswehr den Häuserkampf. Kurz nach der Wende waren viele Menschen für ein friedliche Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide. Doch dann kippte die Stimmung. Malte Fröhlich demonstriert seit 25 Jahren mit anderen Bürgern dafür, dass das Militär aus der Altmark verschwindet – an diesem Sonntag findet der 300. »Friedensweg« statt. **Seiten 18 und 19**

Malte Fröhlich und seine Mitstreiter aus der Bürgerinitiative »Offene Heide« kämpfen gegen die Bundeswehr in der Colbitz-Letzlinger Heide und deren Einsätze im Ausland. Dafür veranstalten sie regelmäßig »Friedenswege« – schon seit 300 Monaten.

Der Pazifist in der U-Bahn

Seit 25 Jahren protestiert eine Bürgerinitiative in Sachsen-Anhalt gegen die militärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide, wo die Bundeswehr Häuserkämpfe und Gefechte mit Laserwaffen trainiert. Von Hendrik Lasch



Schon die Wehrmacht hat das Gelände genutzt: Die Beschussanlage zur Erprobung von Artilleriewaffen stammt aus der Zeit zwischen 1934 und 1945.

Fotos: Bernd Luge (4)

Die Strafe ist zu niedrig, leider. Als sich Malte Fröhlich in einer Verhandlung am 27. März vor dem Amtsgericht der Kleinstadt Gardelegen in Sachsen-Anhalt wegen Hausfriedensbruchs verantworten musste, brummte ihm der Amtsrichter zehn Tagessätze auf. Andere Delinquenten hoffen vor Gericht auf möglichst niedrige Strafen. Fröhlich aber hatte sich mehr ausgerechnet: »15 Tagessätze hätten es schon sein müssen«, sagt er. Erst ab einer solchen Strafe ist er für den Gang in die nächste Instanz nicht mehr darauf angewiesen, dass ein entsprechender Antrag die Zustimmung von Richtern findet. Und Fröhlich will gern weiter vor Gericht stehen, möglichst »bis hinauf zum Europäischen Gerichtshof«. Dort will er die Bundesrepublik Deutschland überführt sehen: wegen der Vorbereitung von Angriffskriegen und des Verstoßes gegen das Völkerrecht. Kleiner geht es nicht.

Am Amtsgericht Gardelegen wollte der Richter nicht über Krieg und Völkerrecht reden, sondern darüber, dass sich Fröhlich zu Unrecht in Schnögersburg herumgetrieben habe. Am Morgen des 5. August 2017 war er gemeinsam mit einem Dutzend Mitstreitern dort aufgegriffen worden; gegen fünf von ihnen, darunter Fröhlichs Mutter und Tochter, wurde Anzeige erstattet. Schnögersburg ist auf Landkarten der nördlichen Altmark nicht eingezeichnet – nicht mehr, muss man sagen. Bis 1935 gab es einen Ort diesen Namens, mit sechs Gehöften, einem Forst- und einem Gasthaus. Er musste der »Heeresversuchsanstalt Hillersleben« weichen, in der die Wehrmacht riesige, im nahe gelegenen Magdeburg gefertigte Geschütze erprobte: auf 30 Kilometer langen Schießbahnen, die in einen dichten Wald voller Eichen und Buchen geschlagen wurden. Es entstand Neu-Schnögersburg, das freilich schon 1941 ebenfalls dem Militär weichen musste. Seit einigen Jahren nun wird in der menschenleeren Weite der Altmark eine Art drittes Schnögersburg gebaut – als »urbaner Siedlungsraum«. So formuliert es die Bundeswehr, die dort das Hausrecht hat. Und bei der Fröhlich, wie ihm der Gardelegener Amtsrichter attestierte, den Hausfrieden gebrochen haben soll.

Fröhlich als Friedensbrecher? Nichts könnte ferner liegen. Der stämmige Mann, der in seiner Firma mit dem Namen »Fröhliche Spielgeräte« Baumstämme zu Spielplätzen verarbeitet, ist aus tiefster Überzeugung Pazifist. In der DDR verweigerte er den Dienst an der Waffe und

wurde Spatensoldat. Er engagierte sich ab 1983 im kirchlichen Friedenskreis Stendal, einer Gruppe, die drei Jahre später als »Energiewende Stendal« gegen den Bau eines Atomkraftwerks in der Altmark mobil zu machen begann. Als nach Ende der DDR die Bundeswehr den einstigen Spatensoldaten die »Gelegenheit« geben wollte, auf der »richtigen« Seite doch noch ihren Beitrag zur Landesverteidigung zu leisten, nagelte Fröhlich seinen DDR-Wehrdienstaushweis und die Dokumente von Gleichgesinnten auf ein Brett und schickte sie an den Bundesminister für Verteidigung, der damals noch Volker Rühle hieß. Das wurde ihm als Ordnungswidrigkeit zur Last gelegt: Die von ihm beschädigten Wehrpässe, erfuhr er, seien Eigentum eines Staates – auch wenn dieser schon untergegangen war.

Die Aktion fand vor 25 Jahren, im August 1993, im Rahmen eines Friedenscamps statt, das in der Nähe von Colbitz abgehalten wurde. Sei Ziel: Das Militär sollte aus der Altmark verschwinden. Zu dem Zeitpunkt war es präsent in Gestalt sowjetischer Panzersoldaten. Die Rote Armee hatte das Übungsgelände nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von der Wehrmacht übernommen; zeitweise waren bis zu 20 000 Soldaten in der Region stationiert. 1993 stand die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland indes vor dem Abzug. Nun sollte verhindert werden, dass eine politische Zeitenwende erneut nur dazu führt, dass zwar die Uniformen wechseln, das Areal aber weiter militärisch genutzt wird. In der Region war man zuversichtlich, dass das gelingen könne. »Es herrschte Aufbruchstimmung«, erinnert sich Fröhlich: »Für alle war selbstverständlich: Die Zeit der Kriege ist vorbei.« Nur für den Fall, dass die Bundeswehr dennoch mit einer Übernahme liebäugelt, sollte dem Anliegen ein wenig Nachdruck verliehen werden: An jedem ersten Sonntag im Monat wollte man einen »Friedensweg« veranstalten, einen Spaziergang, der auch ins Sperrgebiet geht. Am 1. August 1993 führte der erste von der »Barriere Zienau« in eine Landschaft, von deren Schönheit die meisten Teilnehmer bis dahin nichts geahnt hatten.

Was sich damals nur die wenigsten vorstellen mochten: Das Anliegen der Spaziergänge war nicht am Ende jenes Sommers erfüllt, nicht nach dem nächsten Winter und auch nicht dem folgenden. Zwar hatte der Landtag von Sachsen-Anhalt im Jahr 1991 parteiübergreifend beschlossen, dass die Colbitz-Letzlinger Heide künftig

friedlich genutzt werden soll. Man träumte von einem Naturpark und blühendem Tourismus. In der Colbitz-Letzlinger Heide gibt es prachtvolle Wälder, auch wenn die Militärs viele alte Bäume fällen ließen. Dazu kommen viele seltene Pflanzen und Tiere, und im Untergrund erstreckt sich ein großes Trinkwasserreservoir. Zudem wollten sich viele Bewohner der umliegenden Dörfer nicht mehr vorschreiben lassen, von welchen Waldwegen sie sich fernzuhalten hatten: »Die Zeit der Machtlosigkeit«, sagt Fröhlich, »war vorbei.«

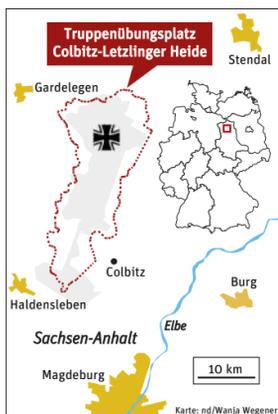
Das Anliegen war damals populär. CDU-Minister unterstützten es mit pathetischen Worten, die SPD lud zu Demonstrationen. Politiker im Land, den Landkreisen und den umliegenden Kommunen standen geschlossen zum Ziel, das Militär aus der Region abzuziehen. Doch im August 1994 geschah das glatte Gegenteil: Die Bundeswehr übernahm den Übungszentrum. Sie habe geschickt »den Tiefpunkt« abgewartet, sagt Fröhlich: die Zeit, da die Euphorie des politischen Umbruchs in Angst vor wirtschaftlichem Niedergang und Arbeitslosigkeit umschlug. Die Bundeswehr stellte 1600 Arbeitsplätze in Aussicht. Das Versprechen sollte sich zwar nie erfüllen. In einer strukturschwachen Region wie der Altmark lässt sich damit aber die Stimmung drehen. In Orten wie Letzlingen freute man sich über Zuzug: Familien von Offizieren oder von Beschäftigten des Rheinmetall-Kon-

zerns, der den Übungszentrum betreibt, bringen Leben in den Ort. In Letzlingen liege die Arbeitslosigkeit heute bei fast Null, sagt Fröhlich – und der Rückhalt für die »Offene Heide« auch. Auch im Land drehte sich der Wind. 1997 stimmte die rot-grüne Minderheitsregierung von Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD) dem »Heidekompromiss« zu, in dem lediglich für den Südtel der Heide ein Abzug des Militärs festgelegt wurde – ab 2006. Als der Termin näher rückte, war freilich auch davon keine Rede mehr. Die Bundeswehr hat sich in der Heide erfolgreich festgesetzt.

Standhaftigkeit zeichnet allerdings auch Malte Fröhlich und seine Mitstreiter in der Bürgerinitiative »Offene Heide« aus. Sie treffen sich an diesem Sonntag wieder einmal an der Barriere Zienau und begeben sich auf einen Friedensweg. Und weil sie seit August 1993 nie eine Pause eingelegt haben, ist es der 300. derartige Spaziergang. Es dürfte keine vergleichbare Initiative in der Bundesrepublik geben, die derart regelmäßig ihren Protest artikuliert. Sie hat daran auch festgehalten, als Zuspätkommen und öffentliches Interesse nachließen und die Zahl der Teilnehmer schwand. Zum Jubiläum hofft man, dass »zum 300. Friedensweg auch 300 Füße kommen«. Es wäre ein Vielfaches dessen, was bei den meisten Friedenswegen der zurückliegenden Jahre zu verzeichnen war. Oft kamen nur ein paar Dutzend Mit-

streiter. Die aber ließen sich von bescheidenem Zuspruch ebenso wenig abhalten wie von Wind und Wetter. Von »Beharrlichkeit und Mut (...) zu immer wiederkehrendem zivilen Ungehorsam« sprach der Verein, der den Aachener Friedenspreis vergibt und damit im Jahr 2016 die Bürgerinitiative »Offene Heide« auszeichnete. Es war deren erste Ehrung – und ist bisher die einzige in 25 Jahren geblieben. Dabei, betonten die Preisverleiher, gehe das, wogegen sich die Aktivisten in Sachsen-Anhalt engagierten, alle Bürger der Bundesrepublik an: Sie leisteten Widerstand »stellvertretend für uns alle«.

Tatsächlich ist das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Altmark kein Übungszentrum wie andere. Nicht nur zählt es mit einer Fläche von 23 000 Hektar zu den größten in Europa. Er ist zudem die »zentrale Ausbildungseinrichtung des Heeres (...) für landbasierte Operationen«, schreibt die Bundeswehr. Auch Einheiten aus anderen Nato-Staaten trainieren auf dem Areal, das seinen Charakter in den vergangenen Jahren gründlich gewandelt hat. Wo früher Panzer schossen, werden heute Gefechte mit Laserwaffen simuliert. Geübt wird weniger die Landesverteidigung als das, was Malte Fröhlich »Angriffskrieg« nennt und was in Kosovo, Afghanistan, Mali oder dem Horn von Afrika stattfindet. Die Bundeswehr selbst spricht von »Konfliktverhütung und Krisenbewältigung« und von Einsät-



Die Militärübungsstadt Schnögersburg wird von Rheinmetall betrieben.

Foto: imago/Florian Gaertner



Im Jahr 2016 ist die Bürgerinitiative »Offene Heide« mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet worden. Es war die erste Ehrung – und ist bisher die einzige geblieben.



Malte Fröhlich Foto: Bernd Luge

zen, die »mit hoher Wahrscheinlichkeit (...) in urbanen Ballungsräumen stattfinden«. Deshalb lässt sich die Truppe für 180 Millionen Euro eine Stadt mit 500 Gebäuden, Industriegebiet und Elendsviertel in den Heidesand stellen. In Schnöggersburg, dessen erster Bauabschnitt im Oktober 2017 übergeben wurde und wo bei einer Übung im März 2018 erstmals 560 Soldaten den Häuserkampf, das Überwinden von Straßenbarrieren und das Freikämpfen eines Flugplatzes trainierten, gibt es einen künstlichen Flusslauf namens »Eiser«, ein Stück Autobahn, Gleise und sogar einen U-Bahn-Tunnel. Als Malte Fröhlich im August von den Feldjägern gefragt wurde, auf welchem Weg er in die Übungsstadt gelangt sei, antwortete er nassforsch: »Mit der U-Bahn.«

Natürlich ist Fröhlich in das Militärgelände nicht gefahren. Das hat er nur einmal praktiziert: im Jahr 1997, als er gemeinsam mit Freunden das Wrack eines sowjetischen Schützenpanzers in der Heide »entsorgte« und wegen eines Verstoßes gegen das Kriegswaffen-Kontrollgesetz angeklagt wurde. In der Regel erfolgt das unerlaubte Betreten des Übungsgeländes zu Fuß – dafür aber mit großer Regelmäßigkeit. Die Aktivisten legen es auf eine Festnahme oder zumindest Anzeige an, weil es eines der wenigen wirksamen Mittel ist, ihren Widerstand gegen die Militarisierung der Heide zu artikulieren: Die Verhandlungen vor Gericht bieten eine

gewisse Öffentlichkeit, die es sonst für sie kaum gibt.

Das erklärte Fröhlich im Juli 2017 auch einer überforderten Richterin im Amtsgericht Bonn, wo die Bundeswehr ihren Gerichtsstand hat. Auch da ging es um unerlaubtes Betreten des Übungsgeländes. Fröhlich hatte eine Anzeige nach Paragraf 114 des Ordnungswidrigkeitengesetzes erhalten, der das Betreten militärischer Anlagen ahndet, welche »aus Sicherheitsgründen zur Erfüllung dienstlicher Angelegenheiten der Bundeswehr gesperrt« sind. Fröhlich erklärte wortreich, dass er das Training für Angriffskriege nicht als »dienstliche Angelegenheit« der Armee ansieht.

Die Richterin lobte sein Engagement für den Frieden, fragte aber, ob das nicht auch ohne Ordnungswidrigkeiten gehe – mit Demonstrationen zum Beispiel, oder mit Leserbriefen? Fröhlich berichtete, wie die »Offene Heide« sich auf den Sachsen-Anhalt-Tag vorbereitet hatte, der in jenem Jahr in Eisleben stattfand. Sie hatte einen Festwagen gestaltet, der in Anlehnung an Luther das Motto trug: »Thesen statt Prothesen«. Nur Tage vor dem Fest wurden sie von den Organisatoren ausgeladen; es war die vierte Absage bei einem solchen Landesfest. Der Beitrag sei zu politisch, erfuhr die Initiative. Derweil, klagte Fröhlich, habe die Bundeswehr beim Sachsen-Anhalt-Tag in einem ganzen Straßenzug für ihre Version »gewaltsamer Konfliktbearbeitung« werben

dürfen. Der »Militarismus«, fügt er an, dringe immer weiter in die Gesellschaft vor; Gegenstimmen fänden in der Öffentlichkeit kein Gehör. Die große Frage von Krieg und Frieden, sie wird kaum noch grundsätzlich diskutiert.

Die Aktivisten der »Offenen Heide« aber wollen, dass darüber geredet wird. Es ist aus ihrer Sicht eine Debatte, die an die Grundfesten des politischen Systems rührt. Mit ihrer Beteiligung an militärischen Einsätzen weltweit bekunde die Bundesrepublik, dass ihr politische und wirtschaftliche Interessen »wichtiger sind als das Lebensrecht von Menschen«, sagt Fröhlich. Ein Staat, der so handle, verstoße gegen seine eigenen Gesetze. Vorbereitung von Angriffskriegen sei durch Artikel 26 des Grundgesetzes verboten und könne mit bis zu acht Jahren Freiheitsentzug geahndet werden. Würde das konsequent angewendet, »wäre der Bundestag fast leer«. Zudem sei ein Staat, dem Einflussphären wichtiger seien als Menschenleben, auch moralisch diskreditiert: »Er verliert seine Legitimation.« Fröhlich hofft auf innere »Reparaturkräfte«, die einen Sinneswandel bewirken könnten. Gelingen das nicht, sagt er, »steht das System infrage«.

Eine derart kompromisslose Haltung stößt nicht überall auf Zustimmung. Vielleicht ist das ein Grund dafür, dass die Zahl der Unterstützer über die Jahre abgenommen hat. Die Grünen etwa setzen sich zwar für die

Natur in der Colbitz-Letzlinger Heide ein und wären ein potenzieller Verbündeter. Die »Offene Heide« aber wahrte Distanz. Fröhlich liegt mit der Partei, die er einst unterstützte, über Kreuz, seit deren Abgeordnete 1999 die Hand zum Kosovo-Einsatz hoben und die Bundeswehr damit erstmals in einen Krieg schickten. Wer »Krieg als Mittel der Konfliktlösung befürwortet«, sagt Fröhlich, »muss sie auch irgendwo üben lassen« und dürfe der militärischen Nutzung der Heide deshalb nicht widersprechen.

Vielleicht, sagt Fröhlich heute, sei diese rigide Haltung »ein Fehler« gewesen. Womöglich entspannt sich das Verhältnis: Als der Landesverband der Grünen kürzlich sein 25-jähriges Bestehen feierte, nahm die »Offene Heide« erstmals seit langem eine Einladung an. Vorerst gibt es politischen Rückhalt freilich nur von der Linkspartei. Auch das Verhältnis zum »War starts here«-Camp, das seit 2012 jeweils im Sommer in der Altmark stattfand und jüngere Aktivisten aus der ganzen Bundesrepublik in den Widerstand gegen Schnöggersburg einbezog, gestaltete sich zuletzt schwierig. Es sei zu wenig Greifbares unternommen worden, sagt Fröhlich: »Zu viel Diskussion, zu wenig Aktion.« Im Sommer 2018 findet das Camp nach jetzigem Stand nicht statt.

So bleiben die Friedenswege – und die Verfahren vor Gericht. Sie immerhin bieten eine Bühne für das unverdrossene friedenspolitische Enga-

gement von Fröhlich und seinen Mitstreitern, etwa dem Friedensaktivisten Gerd Büntzly, der am Amtsgericht Gardelegen erklärte, er sei »nicht gekommen, um mich zu verteidigen, sondern um anzuklagen« – nämlich die Bundeswehr für die Vorbereitung von »Massenmord« und die Rüstungsindustrie, weil sie am Leid Hunderttausender verdiene.

Ingrid Fröhlich-Groddeck, die Mutter von Malte Fröhlich, berief sich auf »rechtfertigenden Notstand«, weil die Aktionen der Bundeswehr in der Colbitz-Letzlinger Heide eine »Gefahr für Leib und Leben« darstellten. Und Helmut Adolf, einer der Mitbegründer der »Offenen Heide«, stellte unter Bezug auf den Straftatbestand sarkastisch fest: »Da, wo Kriege vorbereitet werden, soll der Hausfrieden gebrochen worden sein.« Er erinnerte daran, dass ein benachbartes Amtsgericht vor kurzem Tierschutzaktivisten freigesprochen hatte, die in eine Schweinemastanlage eingedrungen waren, um Missstände aufzudecken. »In meinem Fall ist kein privater Investor der Bösewicht«, sagt Adolf, »sondern der Staat mit seinen Streitkräften.«

Freilich: An einem Freispruch sind Adolf, Fröhlich und die anderen gar nicht interessiert. Sie wollen verurteilt werden – so, dass sie die Auseinandersetzung über die Militärpolitik der Bundesrepublik eines Tages vor dem Europäischen Gerichtshof führen können. Geld dafür wird schon gesammelt.



Die Initiative leistete Widerstand »stellvertretend für uns alle«, hieß es bei der Verleihung des Aachener Friedenspreises. Die Barriere Zienau (re) ist ein Startpunkt für den Friedensmarsch.